

# BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA Bremen

Nr.9 - März 2003

In dieser Ausgabe:

- No War but Class War !

- Gedenken an die Kämpferinnen und Kämpfer der Bremer Räterepublik

- Serbien: Plötzlicher Tod eines Gangsters

u.v.a.



## NO WAR BUT CLASS WAR! Mit allen Mitteln gegen den Krieg!

Der Krieg der USA gegen den Irak hat längst begonnen. Die Bombardierung des irakischen Staates hat seit dem Kuwait-Krieg nie aufgehört, höchstens gab es Pausen – aber die gibt es auch in erklär-

ten Kriegen. Seit Mitte 2002 bombardieren die USA vermehrt auch zivile Ziele und kommen dem Kriegs-

zustand damit bedeutend näher – dieser Zustand gilt nur aus dem Grund nicht als Krieg, weil die Medien ihn nicht so nennen! Er wurde rechtlich nicht erklärt und die Bilder, die wir seit dem Kuwait-Krieg gewohnt sind, strömen zur Zeit nicht über den Äther. Aber auch der Kosovo-Krieg wurde lange nicht als solcher bezeichnet und als „humanitäre Intervention“ benannt – war er deswegen kein Krieg?

Die Ideologen der „Neuen Weltordnung“ versuchen uns weis zu machen, daß ihre „neuen

Kriege“ „gerechte Kriege“ seien. Sie argumentieren, wie etwa Samuel P. Huntington oder Bassam Tibi, daß es einen „Krieg der Kulturen“ gäbe, etwa zwischen Islam und „westlicher Welt“, schaffen damit einen neues Feindbild und einen neuen (konstruierten) Fundamentalkonflikt. Natürlich behalten sie recht, denn das Wort eines „Theoretikers“ wie Huntington hat im Pentagon (wo er vormals gearbeitet hat) Gewicht. Wenn die Kriegsministerien des Westens so handeln, wie sie laut neokonservativer „Theoretiker“ handeln sollen, entsteht dieser zuvor „analysierte“ Konflikt natürlich.

Trotzdem sind diese „neuen“ Kriege nichts weiter als alte Krieg in neuem Gewand: Immer noch sind sie die Fortsetzung der menschenverachtenden Politik mit anderen Mitteln, immer noch geht es um den Aufbau, die Erweiterung oder die Veränderung von Staaten. Die neuen Gewänder präsentieren sich in veränderten Ausreden zur Kriegsführung und in veränderten Strategien der Kriegsführung – beides ist nicht weiter verwunderlich und historisch alles andere als einmalig: Kriegsbereite Re-

Fortsetzung auf Seite 2

Kein Krieg zwischen den Menschen  
Kein Frieden zwischen den Klassen  
Krieg dem Krieg



### Kämpferische Zeiten

Neben den Aktivitäten gegen den Krieg gilt es auch den Kampf gegen die anderen Verschlechterungen und Bedrohungen unseres Lebens fortzusetzen. Krieg hat viele Gesichter. Die fortschreitende Umsetzung der Hartz-Konzepte, die unter vielen anderen Verschlechterungen die Leiharbeit und die Ausweitung des Niedriglohnbereichs massiv fördert; die geplante Aufhebung des Kündigungsschutzes, der weitere Ausbau der 2-Klassenmedizin durch die Rürup-Kommission und die geplante Besteuerung von Renten sind weitere Angriffe auf uns

ArbeiterInnen und Erwerbslose denen wir weiterhin aktiv entgegenzutreten müssen. In vielen Städten beteiligte und organisierte die FAU Proteste gegen die Regierungspläne.

Aktuelle Informationen zu Hartz, Rürup, Co., Berichte über Gegenaktivitäten und Veranstaltungen finden sich laufend im Internet unter [www.fau.org](http://www.fau.org) sowie auf unseren Infotischen und können bei unseren Mitgliedern angefragt werden.



### Just do it:

1. Verhinderung des Aufmarsches der eigenen Streitkräfte
2. Verminderung der Wehrebereitschaft der Soldaten und der Bevölkerung
3. Organisation und Praktizierung von Protesten, Streiks und zivilem Ungehorsam gegen die eigene kriegsbereite Regierung
4. Unterstützung deserthierender Soldaten
5. Unterstützung von Soldaten die die Befehlsausführung verweigern
6. Wehrpflichtentziehung
7. Unbrauchbarmachung von Waffen

### D.I.Y.-Revolutionscamp Theorie, Direct Action und Anders Leben auf der Burg Lutter vom 14.04.-21.04.2003

Aufgeteilt in die Bereiche Theorie, Direkte Aktion und Anders Leben findet vom 14. - 21. April auf der Burg Lutter das D.I.Y. - Camp statt.

Der derzeitige Vorbereitungsstand kann über folgende Adresse abgerufen werden:

www.da-camp.de.vu

Die Kontaktadresse des Camps ist:

D.I.Y.-Revolutionscamp

FAU

c/o Alte Münze 12

49074 Osnabrück

Der Unkostenbeitrag liegt voraussichtlich zwischen 3,- und 5,- Eu/Tag. Anmeldung ist sinnvoll für die Kalkulation von Küche, Finanzen etc.



• Fortsetzung von Titelseite - No War - but Classwar  
• gierungen haben immer neue Ausreden für  
• Kriege gefunden und veränderte Umstände  
• verlangen nach neuen Strategien.

• Wir wollen nicht verschweigen, daß es  
• fundamentalistischen Ideologen natürlich  
• auch auf der anderen Seite gibt.

• Extremislamistische Verfechter eines „heiligen  
• Krieges“ argumentieren den Huntingtons,  
• Tibis und Bushs strukturell sehr ähnlich, das  
• ist schon am Vokabular erkennbar. Das sagt  
• aber noch nichts über die Religion Islam aus.  
• Dieser hat genau jenes destruktive Potential  
• wie jede andere dogmatische Religion auch.

• Uns ist klar, daß George W. Bush nicht der ein-  
• zig Verantwortliche für diesen Krieg ist und  
• Öl nicht der einzige Grund, aber dennoch ein  
• bedeutender. Es geht um eine vorherrschende  
• Machtstellung, in der die „Fronten“ alles  
• andere als klar sind: Die gesamte sogenannte  
• „westlich-zivilisierte“ Welt hat ein vitales In-  
• teresse an einer solchen Vorherrschaft, ande-  
• rerseits sind die Interessen z.B. der EU und der  
• USA innerhalb dieses Systems teilweise voll-  
• ständig verschieden voneinander. Öl ist einer  
• von mehreren materiellen ausdrücken dieses  
• Herrschafts- und Machtinteresses. Angeblich  
• „ethische“ Gründe, die einen sogenannten  
• „gerechten Krieg“ legitimieren würden, was  
• neoliberale Spinner wie Fukuyama und  
• Huntington mit einer sogenannten „linken“  
• Strömung hierzulande einhellig behaupten,  
• sind Banane. Es wurde noch nie ein Krieg ge-  
• führt, um irgendeine Ethik zu schützen – das  
• war höchstens Argument nach außen. Die  
• Alliierten haben nicht gegen die Nazis ge-  
• kämpft, um Konzentrationslager zu verhin-  
• dern (einige Soldaten vielleicht schon, aber

das war nicht das Interesse ihrer Befehlshaber), die NATO hat nicht Jugoslawien angegriffen, um Kosovo-Albaner oder gar Roma zu schützen (Scharpings Krokodilstränen sprechen Bände..) und der Krieg gegen Afghanistan wurde nicht geführt, um den dort heimischen Frauen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen.

Schröder würde wie Bush handeln, dieses Handeln vielleicht etwas besser verschleiern, wie auch Bushs Vorgänger Clinton seine Kriegspolitik besser verschleierte hat, wenn er ein ökonomisches oder Machtinteresse daran hätte. Die bundesdeutsche Regierung ist ungefähr so pazifistisch wie die UdSSR sozialistisch war – nämlich gar nicht! Die EU als quasistaatliche Einheit würden wie die USA handeln und Deutschland erst recht. Nach wie vor gilt die Parole „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“

Daß die Multinationalen Konzerne aus jedem Krieg Kapital zu schlagen versuchen und dies auch hervorragend funktioniert, ist eine Binsenweisheit. Ob dies durch die Anlieferung von Waffen und Rüstungstechnologie, durch Erdölmonopole oder durch die Einführung bestimmter Währungen – wie etwa der DM bzw. des Euro nach dem Kosovo-Krieg – in Krisengebieten geschieht, ist dabei erst mal zweitrangig. Genauso wie klar ist, dass Krieg dazu benutzt wird, Kapital anzuhäufen, sollte aber auch klar sein, daß ein Krieg nicht nur angezettelt wird, um dieses zu tun: Das funktioniert in „Friedenszeiten“ nämlich ebenso, deshalb. u.a. ist oftmals die Rede von „Wirtschaftskrieg“. Den Kapitalanhäufungen kann es im Prinzip egal sein, ob Krieg herrscht oder

## Gedenkveranstaltung für die Kämpferinnen und Kämpfer der Bremer Räterepublik

Am 1. Februar gedachten Mitglieder und SympathisantInnen der FAU den Kämpferinnen und Kämpfern der Bremer Räterepublik und ihrer Niederschlagung durch SPD und Freikorps vor dem Rätedenkmal auf dem Waller Friedhof.

In zwei Redebeiträgen wurde über die Ursachen des Scheiterns der Bremer Revolution sowie über die Entwicklung und Aktivitäten der Bremer AnarchosyndikalistInnen bis in die 1950er Jahre hinein informiert.

Die FAU führte die Gedenkveranstaltung unabhängig von einem aus kommunistischen Gruppen und der SPD bestehenden Bündnis durch, da eine gemeinsame Veranstaltung unter Einschluss der SPD eine Erniedrigung und einen weiteren Verrat am Kampf der ArbeiterInnen für eine sozialistische Räterepublik darstellt.

Die Bremer Räterepublik wurde am 4. Februar 1919, also vor 84 Jahren blutig niedergeschlagen. Die gewaltsame Niederschlagung der Revolution in Bremen war eigentlich nur ein symbolischer Akt, mit dem der bürgerliche Staat auf grausame Weise seine Macht unter Beweis stellen konnte. Denn als sich im Januar 1919 in Verden sozialdemokratische Politiker mit der Führung des Freikorps Caspari trafen, um den Angriff auf Bremen zu planen, war das Schicksal der Räterepublik längst besiegelt. Denn durch Unentschlossenheit und fehlenden Mut zur Verwirklichung der revolutionären Ziele wurde die Republik schon im Januar in eine schwere wirtschaftliche Krise gestürzt, die faktisch das Ende der bremischen Revolution besiegelte. Und es waren die gleichen Fehler, die auch 1 Jahr später von den aufständischen ArbeiterInnen des Ruhrgebiets zum zweiten male begangen wurden: Ja, man wollte die Revolution, aber andererseits traute man sich nicht die bestehenden Verhältnisse anzutasten und hatte kein Vertrauen in die eigene Kraft, das Leben selbst in die Hände zu nehmen. So blieb die bürgerliche Verwaltung bestehen, die alten Eigentumsverhältnisse blieben unangetastet und so war man letztendlich vom guten Willen der alten Herrscherklasse abhängig die man stürzen wollte. Zu guter letzt ließ sich die Räteregierung sogar die Ausrichtung von Parlamentswahlen von den Banken diktieren, auf deren Kredite sie angewiesen war.

nicht, genauso wie sie mittlerweile gelernt haben, eine parlamentarische Demokratie genauso zu nutzen wie eine Diktatur.

Dabei sei aber nicht vergessen, daß das alles ganz anders aussehen könnte, wenn es nicht die Kluft zwischen der ehemaligen „Ersten Welt“ und der sogenannten „Dritten Welt“ gäbe. Denn auch wenn es für die bestehende Weltwirtschaftsordnung okay und sogar von Vorteil ist, daß im reichen Nordwesten angeblich „freie“ Demokratien herrschen und Krieg zumeist abwesend ist (was nicht Frieden bedeutet), so werden im „armen Süden“ immer noch Diktaturen finanziell unterstützt, Freiheitsbewegungen mit Mitteln und Strategien aus der „Ersten Welt“ bekämpft und kriegsführenden Parteien wird die Kohle in den Arsch geschoben.

Ob das kapitalistische System ohne Krieg (und staatliche Diktatur) auskommen würde, muß dahingestellt bleiben, da wir diesen Zustand einfach nicht beobachten können. Die neoliberale Politik des Globalismus braucht Nationalstaaten nach wie vor, nur den Sozialstaat kann sie nicht gebrauchen – Militär-, Repressions- und Polizeistaat aber sind ihr um so willkommener. Konkret spart dies Geld, und das Geld kommt und kam schon immer von denen, die darunter zu leiden haben. Sollte es tatsächlich geschehen, daß Militär und Polizei einst in privates Eigentum übergehen, so wird dies sicherlich ebenfalls aus Lohnabzügen der ArbeiterInnen finanziert werden. Da ist es doch allemal bequemer, diese Arbeit einem Staat, der dazu noch Identifikation in Form eines Nationalbewußtseins schafft und mit diesem Argumente für repressive Orga-

ne propagiert, zu überlassen. Konzerne, die so weit wären, Polizei und Militär in ihren Händen zu monopolisieren, wären nichts anderes mehr als Staaten. Der Staatskapitalismus des ehemaligen Ostblocks wäre unter anderen Vorzeichen nahezu wiederhergestellt. Diese düstere Zukunftsvision ist jedoch trotz „Weißer Garden“ und „Schwarzer Sheriffs“ erst mal reine Phantasie. Die Bedingung für Staat und Kapital ist Krieg, und wenn nicht dieser, so zumindest die Bereitschaft zum Krieg und die Akzeptanz der Möglichkeit des Krieges. Dies ist integraler Bestandteil jeglicher Staatsideologie. Zu erwarten, daß es einen antimilitaristischen Staat oder einen ohne irgendeine Form von Militär geben könne, ist nicht einmal mehr Utopie, es ist nichts als Schwachsinn. Krieg gehört zur Staatsräson.

Eines ist klar: In Kriegen geht es meistens um den Besitz ökonomischer Güter und um deren Umverteilung von unten nach oben, immer aber geht es um Machterhalt, Machtzuwachs und Herrschaft. Kapitalismus und Staatlichkeit sind die notwendigen Grundvoraussetzungen für Krieg, darum kann es auch keinen gerechten Krieg geben.

Die legitimen Kämpfe der Unterdrückten, sei es der Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexico, die militant geäußerte Wut des ausgebeuteten Arbeiters oder der (pro)feministische Kampf gegen das Patriarchat, all dies sind keine Kriege, sondern nach wie vor bezeichnen wir dieses Aufbegehren als **Klassenkampf**.

Dieser richtet sich gegen Staat und Kapital, die uns ihre Kriege aufzwingen und ist deshalb immer auch antimilitaristisch.

Daher lautet unsere Parole:

**No War but Class War!**

Soldatenräte. Noske (SPD) gegen Verhandlungen mit der Räterepublik und will „in Bremen ein Exempel statuieren“. 03.02.19 Telefonat zwischen Waigand (MSPD) und Deichmann (SPD – z.zt. in Verden): Inhalt: „Unter keinen Umständen eine Einigung mit den Unabhängigen und Kommunisten herbeiführen.... die Unabhängigen und die Kommunisten müssen vollständig unterliegen“. insgesamt ca. 75 Tote – darunter 29 Räte kämpfer und 175 Verwundete Nach Trauerzug Gedenkrede – „Rhein (MSPD) ergreift das Wort und spricht: „Was würden wohl die Toten jetzt sagen, wenn ihr Mund nicht für immer geschlossen wäre? Nie wieder wollen wir Waffen gegen...“ Hier unterbrach ihn der Schrei der Witwe eines gefallenen Bremer Arbeiters: „Rache!, würden sie rufen!“ Rhein wagte angesichts der drohenden Haltung der Trauernden nicht, seine Rede zu Ende zu führen, sondern entfernte sich schnell.“ MSPD organisiert nach Fall der Räterepublik die Übergabe der „Bremer Bürger Zeitung an die MSPD, das Verbot der kommunistischen Tageszeitung „Der Kommunist“ und die „Festnahme von führenden Persönlichkeiten der Räteregierung“. Aufstellung einer konterrevolutionären Stadtwehr auf Wunsch von Bürgerlichen und Militär mit Zustimmung der MSPD. 02.03.19 KPD Bremen erklärt SPD zu „Arbeiterverrätern“

**Eine Seefahrt, die ist lustig....!!!**

Bremer Wasserschutzpolizei schiebt nach zwei Razzien im Hafen 20 illegale ArbeiterInnen ab.

Die Bremer Polizei hat am Donnerstag, dem 16. Januar im Klöcknerafen zehn polnische Hafenarbeiter festgenommen, weil sie keine Arbeiterlaubnis vorweisen konnten. Die Leute wurden in Abschiebehafte genommen kurz darauf nach Polen abgeschoben worden. Die Reederei des Schiffes musste lediglich die Kosten für die Abschiebung tragen. Nach Meldung des Weserkuriers waren die Arbeiter bei einer polnischen Leiharbeitsfirma angestellt und wurden mit Touristenvisa in ihre Einsatzländer gebracht.

Schon am Tag zuvor hatte es einen ähnlichen Vorfall in Bremen gegeben, als die Wasserschutzpolizei im Rahmen einer ‚Umweltschutzkontrolle‘ auf einer 97m langen Luxusjacht auf zehn ‚illegale‘ Seeleute stieß. Auch diese wurden nach einem Tag Abschiebebewachsam und Vernehmung durch die Polizei sofort abgeschoben und mit einem zweijährigen Einreiseverbot belegt. Auf die Frage, was auf den Eigner des Schiffes zukäme, antwortete ein Beamter der Wasserschutzpolizei: „eigentlich gar nichts“. Geradeweise zynisch wirkt es dabei, dass der Schiffseigner dann wegen 50 Tonnen ! Altöl, die jetzt wahrscheinlich irgendwo in der Nordsee treiben, mit ganzen 17000€ zur Kasse gebeten wurde. Mal wieder ein deutlicher Beweis, auf wessen Seite der Staat steht und was wir von ihm zu erwarten haben.

Und so geht es immer wieder: Unsere KollegInnen wandern in den Knast, weil sie irgendwie versuchen, ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Ausbeuter reiben sich die Hände, weil sie vermutlich trotz der Auslagen für die Abschiebung alles in allem noch ein gutes Geschäft machen.

Hein Seemann, Bremen



**... Eine Seefahrt, die ist schön!!!**

So hatte er sich seinen Berufseinstieg nicht vorgestellt - am 12. November letzten Jahres flüchtete sich der philippinische Matrosen – Azubi des niederländischen Küstenmotorschiffs ‚Geminus‘ in die Bremer Seemannsmission. Nach Auskunft der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) war er in den Zwei Monaten, die er an Bord war, mehrmals vom Kapitän und Eigner des Schiffes geschlagen und schließlich um seine Heuer betrogen worden. Noch dazu war er neben dem Kapitän und dem Steuermann das einzige Besatzungsmitglied, obwohl laut Besatzungsvorschrift für ein Schiff dieser Größe zwei weitere Fachkräfte (keine Auszubildenden) vorgeschrieben sind.

Hein Seemann

**Einige Highlights der SPD zur Räterepublik**

*SPD: Arbeitermörder und Arbeiterverräter*



29.01.19 In Verden: Verabredung von MSPD, Bürgerturn, Major Caspari und Division Gerstenberg zum Sturz der Räterepublik. „Die Mehrheitssozialisten vertraten den Standpunkt, dass das Räteresystem abzuschaffen und unverzüglich eine verfassungsgebende bremische Nationalversammlung einzuberufen sei.“

Die MSPD ist Einverstanden das nach dem Einrücken Oberst Gerstenberg den Oberbefehl über Bremen übernehmen und gleichzeitig durch die provisorische Regierung über Stadt und Landgebiet der Belagerungszustand verhängt werden soll.

„Gemeinsam stellten Senatoren und MSPD eine Liste der Volksbeauftragten und Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats auf, die verhaftet werden sollten“ MSPD fordert Entwaffnung der Arbeiter und

## Serbien: Plötzlicher Tod eines Gangsters

### Erklärung der Anarcho-Syndikalistischen Initiative (ASI) Serbiens

Gemäss der Ankündigung, die von der Mehrheit der Medien ausgestrahlt wurde, haben amerikanische Militärexperten die grösste Bombe der Welt mit einem Gewicht von 9,5 t getestet. Der Ministerpräsident einer der nebensächlichen Satellitenstaaten von EU und NATO, und ausserdem einer der energischsten Vertreter des Beitritts des Staates Serbien und Montenegro in den Schoss dieser Organisationen, berühmt für seine enge Verbindung mit verschiedenen kriminellen Banden - unerlässliche Verbindungen für die Übernahme und Ausübung von jedweder Macht - wurde heute in Belgrad erschossen. Wäre Zoran Djindjic von der wütenden Arbeiterklasse ermordet worden, die das wirkliche Ziel und die Ursache ihrer Unzufriedenheit erkannt hätte, würde sein Tod vielleicht als wichtig für die Geschichte der menschlichen Zivilisation in Erinnerung bleiben. Er würde einem berühmten Club beitreten: Marie Antoinette, Ludwig XVI oder Zar Nikolai II aus dem Hause Romanov. Der Kriminelle Zoran Djindjic wurde von anderen Kriminellen umgebracht. Diese Konfrontation ist nicht die unsere. Es ist eine Konfrontation zwischen denen, die an der Macht und Regierung festhalten, um mehr Macht und eine umfassendere Regierung zu bekommen. Beides besaßen ehrliche Leute niemals, die unter Umständen wie diesen für die Rolle der hilflosen Subjekte und Zuschauer vorgesehen sind. Wachsam zu bleiben ist in einem Moment wie diesem von äusserster Wichtigkeit.

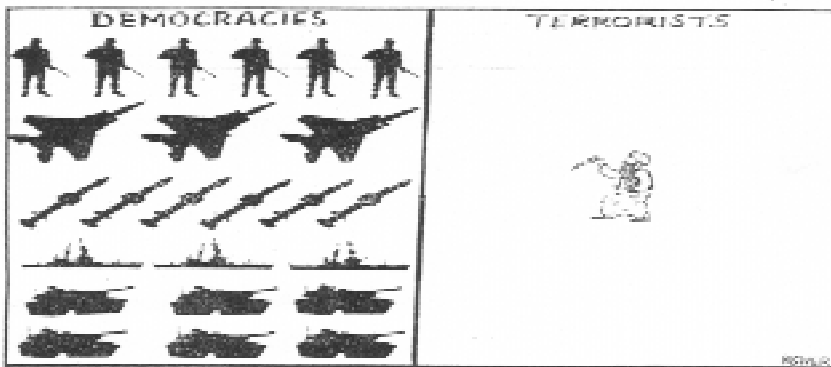
Die Folgen, die dieses Ereignis uns, den Ausgebeuteten in Serbien, aufzwingen werden, sollten uns nicht im geringsten verwirren. Die sogenannten Reformen werden weitergehen, tausende Menschen werden abgezockt und ihr Leben unter den Teppich der Privatisierung gekehrt werden. Bald ausgesuchte Stohmänner werden den goldenen Weg ihres Vorgängers weitergehen. Das kleine Bisschen Freiheit, das in der Rebellion des 5. Oktober erreicht worden war, wird weggenommen werden. Mit Angst erwarten wir die bevorstehenden Zusammenstösse mit der Staatsmacht. Der Ausnahmezustand, den der Staat erlassen hat, wie auch die beängstigende Stellungnahme des Arbeitsministeriums, die das grundlegende Menschenrecht auf gewerkschaftliche Organisation und Streik zerstört, dienen als beste Bestätigung unserer schlimmsten Befürchtungen. Dieser Zustand wird sicherlich als Vorwand benutzt werden, um alle abweichenden Stimmen und Versuche den Widerstand zu organisieren zu bekämpfen.

Die Anarcho-Syndikalistische Initiative (ASI) ruft die Ausgebeuteten in Serbien auf, sich zu starken revolutionären Organisationen zusammen zu schliessen, um die wesentlichen Probleme ein für alle mal los zu werden: das Wirtschaftssystem der Ausbeutung (Kapitalismus) und den hierarchischen Gesellschaftsaufbau (Staat). Nur dann werden die Worte Freiheit, Gleichheit und Solidarität ihren wahren Sinn wiedererlangen. Die Anarcho-Syndikalistische Initiative (ASI) lehnt die Befehle des Arbeitsministeriums ab, setzt ihre gewohnten Aktionen mit allen möglichen Mitteln fort und drückt ihre Solidarität mit all denen aus, die nicht bereit sind, die Ziele ihrer Klasse dem Tod eines Gangsters zu opfern.

**Ein anderer Kampf ist möglich: Klassenkampf!**

Belgrad, den 12. März 2003

Sekretariat der Anarcho-Syndikalistischen Initiative



Direkte Aktion - anarchosyndikalistische  
Zeitung der FAU-IAA:  
Kostenloses Probeheft bestellen: Direkte  
Aktion, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main  
eMail: da@fau.org und im Internet:  
www.fau.org

Die DA ist in Bremen erhältlich im: Buchladen  
Lahnstrasse, Uni-Buchhandlung, Infoladen (St. Pauli  
Str.), Andere Seiten (Brunnen Str.)



Zeitung der FAU-IAA  
Lokalföderation Bremen

Redaktionsanschrift:  
FAU-IAA Lokalföderation Bremen  
Postfach 10 56 74, D-28056 Bremen  
e-mail: fauhb@fau.org  
ViSdP: M. Hilse  
Auflage: 1000 Ex.  
Abos können gegen Zusendung  
der Portokosten eingerichtet  
werden

## Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union Lokalföderation Bremen

Kontakt:  
FAU-IAA Lokalföderation Bremen  
Postfach 10 56 74  
D-28056 Bremen  
eMail: fauhb@fau.org



Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen  
c/o FAU-IAA Lokalföderation Bremen  
eMail: sle-hb@fau.org

Offenes Treffen für alle an der FAU  
Interessierten: Jeden 1. Montag im  
Monat ab 19.00 Uhr im Wiener Hof Cafe,  
Weberstrasse, Bremen.

[www.fau-bremen.de.vu](http://www.fau-bremen.de.vu)